



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Inneres

Europäische Grenz- und Küstenwache – Aktualisierung der EU-Vorschriften

21.08.2025 - 27.11.2025

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 33. Sitzung am 13. Oktober 2025 im Wege der 2. Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Die [Verordnung \(EU\) 2019/1896](#) (EBCG-Verordnung) übertrug der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex oder die Agentur) eine Vielzahl von Aufgaben in den Bereichen Grenzmanagement und Rückführungen. Frontex unterstützt die EU-Mitgliedstaaten bei der Verwaltung der EU-Außengrenzen und bei der Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die kein Recht auf Aufenthalt in der EU haben.

Zu diesem Zweck wurden Frontex durch die EBCG-Verordnung umfangreiche personelle und technische Ressourcen (z. B. Streifenwagen, Drohnen, Schiffe) zur Verfügung gestellt, um die Bewältigung des Migrationsdrucks und potenzieller Sicherheitsbedrohungen in der gesamten EU zu erleichtern. Zudem wurden ein mehrjähriger strategischer Politikzyklus für das integrierte Grenzmanagement in Europa, Anforderungen für eine integrierte Kapazitätsplanung in der EU sowie Anforderungen zur Verbesserung der Koordinierung zwischen der Agentur und den nationalen Behörden der Mitgliedstaaten festgelegt. Auch stärkte die EBCG-Verordnung die Bestimmungen über die Zusammenarbeit von Frontex mit Drittländern und ermöglichte den Einsatz des ständigen Korps, den Informationsaustausch und Erleichterungen im Bereich der Rückkehr. Sie verbesserte zudem die Governance, Rechenschaftspflicht und externe Aufsicht der Agentur. Die öffentliche Konsultation soll nun zu der laufenden Folgenabschätzung beitragen, die die mögliche Überarbeitung der EBCG-Verordnung unterstützt.